

10.01

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Vizekanzler Dr.

Reinhold Mitterlehner: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet „Aufschwung Standort Österreich“, und – Herr Bundesrat Pisec hat es schon angesprochen – es stellt sich die Frage, ist das als Fragestellung zu verstehen, als Imperativ zu verstehen oder wie auch immer?

Ich würde vielleicht einmal damit beginnen, dass wir uns an den Fakten orientieren, und die Fakten, die Sie jetzt beschrieben haben oder beschreiben haben wollen, sprechen aus meiner Sicht eigentlich eine recht positive Sprache, denn im Unterschied zum letzten Jahr, als wir, was das Wirtschaftswachstum angeht, Prognosen hatten, die jedes Quartal wieder nach unten revidiert werden mussten, gibt es mittlerweile, obwohl das Jahr schlecht begonnen hat – Sie erinnern sich an die Probleme mit Öl, Stahl und beispielsweise auch die Börsenfragen in China –, eine recht positive Entwicklung. Das Wachstum wird vermutlich – das Wifo hat gerade letzte Woche die Konjunkturprognose erhöht – 1,7 Prozent betragen. Im Vergleich beispielsweise zum Vorjahr ist das, was wir heuer haben könnten, wenn die Entwicklung weiterhin einigermaßen positiv verläuft, das Doppelte.

Man muss gleichzeitig dazusagen, dass auch festgestellt worden ist, wodurch dieses Wachstum entstanden ist: Es ist vor allem durch die Steuerreform entstanden. Wenn Sie jemanden befragen, wie er subjektiv von der Steuerreform profitiert, weiß er es nicht zu bewerten oder verneint einen Gewinn daraus, objektiv beurteilen die Wirtschaftsforschungsinstitute allerdings die Steuerreform sehr positiv. Es ist ein Effekt entstanden in Richtung Konsumsteigerung – der Konsum beträgt etwa das Vierfache des Vorjahres –, aber, und das ist wichtiger, es sind auch die Investitionen angesprungen, weil sich diesbezüglich ein bestimmter Nachholbedarf aufgestaut hat.

Was nach wie vor ein Problem ist, ist der Bereich Arbeitsmarkt. Wir haben zwar einen Beschäftigungsrekord, auf der anderen Seite wird nach Expertenmeinung erst bei etwa 2 Prozent eine Art Drehung, auch was die Arbeitslosenzahl angeht, bemerkbar werden und werden sich da auch andere Tendenzen einstellen.

Die Frage Tourismus ist von einer Kollegin schon angesprochen worden. Auch dieser hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich eine sehr positive Entwicklung in diesem Jahr abzeichnet, aber – obwohl das, was die Produktivität angeht, dann in der Pro-Kopf-Relation einen Rückgang bedeutet – auch der Flüchtlingsbereich trägt mit den Ausgaben, die dort entstehen, nominell zum Wirtschaftswachstum bei.

Die große Frage momentan ist, ob mit dem Brexit und allem, was damit verbunden ist, auch die Unsicherheit, eine Entwicklungsgefährdung verbunden ist, was die österreichische Wirtschaft anbelangt, und diese Entwicklungsgefährdung gibt es, obwohl wir durchaus eine entsprechende Verflechtung mit der britischen Wirtschaft haben, wahrscheinlich nicht in besonders hohem Ausmaß. Es sind negative Auswirkungen zu erwarten, aber diese halten sich im Rahmen. Laut Herrn Dr. Helmenstein von der Industriellenvereinigung wird der Effekt auf das BIP bei 0,05 bis 0,18 Prozent liegen. Auf die EU-Ebene wird er eher mit 0,1 Prozent Wachstumseinschränkung durchschlagen.

Ich denke, das Problem dabei ist die Unsicherheit, die sich in der nächsten Zeit vor allem an den Börsen fortsetzen könnte, aber auch dort erwarten Experten nach ein paar Wochen Beruhigung, weil sich die guten Fundamentaldaten durchsetzen könnten.

Interessant war, dass viele ja begrüßt haben, dass das Vereinigte Königreich diese Entscheidung getroffen hat. Es kam dann relativ rasch zur Ankündigung von Auswirkungen der Abstimmung. Beispielsweise wird es Steuererhöhungen geben, und vor allem die Bevölkerung im unteren Einkommensdrittel wird negative Entwicklungen in diesem Zusammenhang spüren. Diese, würde ich sagen, könnten vielleicht auch für die nationalen Diskussionen in anderen Ländern einen heilsamen Effekt haben, denn wahrscheinlich wäre eine faktenorientierte Diskussion, auch an Plänen orientiert, nicht schlecht gewesen.

Das ist der eine Punkt, der uns jetzt stimmungsmäßig berührt. Was die Exporte in das Vereinigte Königreich anlangt, liegen diese an achter Stelle. Jedes Jahr kommen 800 000 Gäste zu uns, und die Verschlechterung in der Pfund-Euro-Relation, also die Abwertung des Pfund, wird auch dort die Ausgaben einschränken, aber das sind rund 5 Prozent der Nächtigungen – und auch das werden wir bewältigen.

Die Fragestellung, die jetzt betreffend das Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent, das wir haben könnten, auftaucht, ist: Ist das viel oder wenig? Sie können sich sicher erinnern, dass voriges Jahr noch alle beklagt haben, wir würden im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich sein. Mittlerweile liegen wir sogar leicht über dem europäischen Schnitt, was die Eurozone und die EU-28 – in Zukunft dann die EU-27 – anbelangt.

Es stellt sich auch die Frage, wie wir bei den immer zitierten Rankings liegen. – Wir haben uns gerade bei dem Ranking, das das IMD macht, um zwei Plätze verbessert. Ich würde sagen, das ist zweifelsohne nicht die Welt, aber die Frage ist: Warum ist es so, dass, wenn wir uns um einen Platz verschlechtern, die Welt zusammenbricht, aber

wenn wir uns um zwei Plätze verbessern, das unbedeutend ist? Ich würde sagen, dass es da natürlich Potenzial nach oben gibt, aber es ist eine Trendumkehr.

Das gilt im Übrigen auch für das sogenannte Innovation Scoreboard. Da wird gesagt, Österreich hat zwar 3 Prozent F&E-Quote, liegt an dritter Stelle in Europa, aber dort sind wir an elfter Stelle und sinken im Vergleich mit den anderen immer weiter ab. Jetzt gibt es – auch wenn es noch nicht veröffentlicht ist – berechtigte Hoffnung, dass auch dort eine Trendumkehr vorliegt.

Was ist damit verbunden? – Na, damit verbunden ist, dass die Maßnahmen der Bundesregierung – natürlich auch die Bemühungen der Betriebe, aber eben auch die Maßnahmen der Bundesregierung – nicht falsch gewesen sein können. Ich denke dabei etwa an die 12 Prozent Forschungsprämie, aber, weil die Arbeitskosten angesprochen worden sind, auch daran, dass wir die Lohnnebenkosten schon um 1 Milliarde € verpflichtend bis zum Jahr 2018 gesenkt haben.

Davon habe ich nirgendwo etwas gehört, weil jeder sagt: Mein Gott na, das ist eine Kleinigkeit! – Das ist keine Kleinigkeit, sondern 1 Milliarde €, jetzt umgelegt auf einen Betrieb mit 30 Beschäftigten mit durchschnittlichen Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterlöhnen, ergibt in etwa in einer Größenordnung von 5 000 € bis 7 000 € die Möglichkeit, das Geld, das dann netto übrigbleibt, anders zu verwenden.

Daher: Im Endeffekt sollten wir dort ansetzen, wo ich die Stärken stärken und die Schwächen schwächen.

Und eines hat die Kollegin Zwazl schon erwähnt: Na ja, wenn wir schon ein Land sind, das international exponiert ist, wenn 60 Prozent unseres Wohlstands von den Exporten kommen, dann wird es einerseits richtig sein, die Internationalisierungsoffensive fortzusetzen. Es wird aber darüber hinaus richtig sein, dass ein Land wie Österreich von Freihandelsabkommen profitiert. Wir haben über 60 derartige Abkommen und haben immer davon profitiert, so wie die Schweiz und andere.

Ich stehe auch dazu, dass beispielsweise CETA – das haben alle Mitgliedstaaten genauso gesehen – ein inhaltlich gutes Abkommen ist, was Zölle, Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen, aber auch Arbeitsstandards angeht, es ist aber auf der anderen Seite ein Problem, wenn die EU die Spielregeln nicht vorher definiert. „Vorher definieren“ hätte heißen, sie hätte sagen sollen, es ist ein EU-only-Abkommen, der Verhandlungsauftrag wird der Kommission erteilt und dann auch auf der Ebene umgesetzt, also mit Rat und Parlament.

Wenn man aber bei verschiedenen Besuchen rund um TTIP den Eindruck erweckt, es wird sowieso die Befassung der nationalen Parlamente geben, und dann im

Nachhinein sagt, nein, eigentlich ist die Entscheidung anders, denn ein Mitgliedstaat – einer! – meint, das ist EU-only, daher macht man es EU-only, und alle anderen Mitgliedstaaten müssen aber Einstimmigkeit mit dem einen erzielen, damit das dann wieder geändert werden kann, was wird das dann bedeuten? – Das wird auf der einen Seite bedeuten, dass zwar vielleicht die internationale Reputation gegenüber Kanada und anderen Vertragspartnern da ist und steigt, aber auf der anderen Seite werden die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen in die EU geschwächt, und diese Abwägung hat die EU meiner Meinung nach zum genau falschen Zeitpunkt und nicht sorgfältig gemacht, und es war ein Fehler, so vorzugehen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates Zelina.)*

Daher müssen wir in der Zukunft mehr Transparenz, mehr Klarheit bei den Spielregeln haben. Das betrifft auch TTIP: Wenn wir so vorgehen, brauchen wir meiner Meinung nach über TTIP gar nicht zu reden. Das wird in der Weise nie kommen können.

Da die Zeit vorgeschritten ist, in aller Kürze ein paar andere Punkte, die mir wichtig erscheinen.

Bürokratie, überbordender Staat ist angesprochen worden. – Ja, das teilen wir alle. Wahrscheinlich ist die Regierung ein Teil des Problems, aber auch ein Teil der Lösung, denn ich habe schon gesehen, dass viele Punkte gerade im Bereich der Vollziehung liegen, nicht im Bereich der Gesetzgebung, weil da in den Bundesländern zum Teil eben widersprüchlich – oder sehr scharf, zum Teil weniger scharf – vollzogen wird.

Was wir daher brauchen, ist – beginnend mit der Betriebsgründung – die Nutzung der Digitalisierung, aber auch eine Änderung in der Gewerbeordnung, nicht nur im Anlagenrecht. Ich meine, gerade Kärnten ist ja ein Beispiel dafür, dass man mit dem Anlagenrecht sorgfältig umgehen muss. Wenn ich einerseits sage „Erleichterung!“ und dann auf der anderen Seite Rückstände in der Milch sind oder gefährliche Entwicklungen auftauchen, dann fragt jeder: Wer hat das genehmigt? Welche Zuständigkeit gab es dort? Wie ist das Anlagengenehmigungsverfahren gelaufen? – Daher ist abwägend vorzugehen.

Klar ist aber, wir brauchen Erleichterungen, gerade was die Unternehmensgründung, was die unternehmerische Tätigkeit anbelangt. David Cameron ist zwar mit Brexit nicht gerade ein gutes Beispiel für Vorzeigeprojekte, aber auf der anderen Seite hat er im Vereinigten Königreich mit Dingen wie „one-in, two-out“ oder auch diesen befristeten Regelungen für Verordnungen, bei denen man nach ein paar Jahren erklären muss, warum man eigentlich das Gesetz oder die Verordnung benötigt, die Gesetzgeber und die Behörden unter Druck gebracht und nicht den Normunterworfenen. Ich denke, das

wäre auf der Metaebene ein genauso richtiger Weg wie der, dass wir nicht ständig Gold Plating betreiben müssen und aufdoppeln müssen. Daher: Weniger Bürokratie, weniger Staat: Ja! Das müssen wir uns gemeinsam erarbeiten.

Frau Kollegin, betreffend die 1 007 Vorschläge des Herrn Rechnungshofpräsidenten: Wir sehen sie! Das Problem ist jetzt weniger, dass ich, ich glaube, 10 000 gute Vorschläge habe, sondern es ist die Frage des Wie, weil das natürlich dann dort und da gerade bei einigen Institutionen auch mit Machtverlust verbunden ist. Wir gehen das gerne an! Wir schauen uns auch diverse Möglichkeiten an, zum Beispiel sind wir sogar mit dem Landeshauptmann von Salzburg im Gespräch in Richtung Deregulierungsbeauftragter von unten und von oben. – Ich glaube, das ist eine gute Idee, die könnten wir fortsetzen.

Da auch Forschung und Entwicklung angesprochen worden sind, ein ganz wichtiger Bereich: Ich würde sagen, im Endeffekt ist unser Problem nicht die Grundlagenforschung, unser Problem ist die Überleitung der Forschungsergebnisse in die Praxis. Wir haben dort viel zu wenige Unternehmen, die den Geist haben, die die Einstellung haben, hier auch wirklich wirken zu wollen. In Wien haben wir 90 000 Studierende und 13 haben im vorigen Jahr Unternehmen gegründet; bei Harvard oder Cambridge habe ich ein Vielfaches davon! Daher haben wir solche Transferzentren und anderes eingerichtet. Dort, so meine ich, müssen wir ansetzen, wie auch bei der Finanzierung. Das heißt aber nicht, dass wir jetzt die Geisteswissenschaften vernachlässigen wollen. In der Umsetzung muss beides gewährleistet sein, es muss so eine Art Kultur geben.

Zur Finanzierungsfrage – um auch das zu erwähnen: Ja, wir haben dort bestimmte Probleme. Die Zinsen sind niedrig, Kapital und die Anlage in Sparbüchern rechnen sich jetzt für die Kunden kaum mehr, was sich auf den Konsum positiv auswirken könnte. Auf der anderen Seite müssen wir aber schauen, dass wir eben andere Finanzierungsformen wie Crowdfunding und anderes Venture Capital forcieren, denn im Endeffekt erreiche ich durch direkte Beteiligungen und andere Investments bei den Unternehmen viel mehr Bewegung.

Und wenn ich Bewegung brauche, brauche ich auch Flexibilisierung bei den Unternehmen. Wo und wann die Arbeit anfällt, muss der Unternehmer selber entscheiden können! Aber wir brauchen jetzt nicht unbedingt – das muss ich auch in Richtung der neuen Konstellation in der Bundesregierung sagen – eine Arbeitszeitverkürzung. Es geht nicht um weniger Arbeit, sondern man muss die Arbeit anders verteilen.

Darüber hinaus geht es auch um die falschen Botschaften: Bei allem Respekt, ökologische Steuerreform, ökosoziale Steuerreform aufkommensneutral, Maschinensteuer aufkommensneutral, das klingt im ersten Ansatz gut, im zweiten Ansatz, wenn man darüber nachdenkt, heißt das natürlich, es wird jemand bevorteilt und es wird jemand benachteiligt. Und bei der Maschinensteuer ist es dann eben so, dass dann Investitionen, Abschreibungen, Gewinne benachteiligt werden. Und in Zeiten wie diesen, in denen Investitionen von der Stimmung abhängen, in denen überhaupt die Stimmung bei den Unternehmen das Entscheidende ist, brauche ich nicht die falschen Signale.

Das gilt aber auch für eine ökosoziale Steuerreform: Wenn ich daran denke, dass auch dann jemand mehr zahlt, nämlich beispielsweise Pendler und andere, dann glaube ich nicht, dass wir ohne internationale Akkordierung eine derartige Steuerreform alleine tragen können. Wir müssen uns sehr genau überlegen, in welcher Zeit, mit welchem Volumen und wie wir eine derartige Steuerreform andenken, denn grundsätzlich ist das nichts Verbotenes. Die Idee an sich ist zu diskutieren, aber ich glaube, jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, die falschen Signale auszusenden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher, meine Damen und Herren, da ich mich auch an die Redezeit halten wollte und das Ganze jetzt nur eher cursorisch habe ansprechen können, meine ich zusammenfassend: Es ist klar, dass wir die richtigen Weichenstellungen gesetzt haben, was die Internationalisierung anbelangt, auch was die Entbürokratisierung betrifft – diesbezüglich herrscht auch in der Regierung großes Einvernehmen. Wir wissen, dass Forschung und Entwicklung die Basis für Innovation und für die Zukunft sind, und im Endeffekt brauchen wir am Schluss der ganzen Entwicklung beziehungsweise begleitend dazu einfach auch die richtige Stimmung.

Für diese müssen wir gemeinsam sorgen, indem wir das Positive in den Vordergrund stellen. Man kann ein Glas halb leer oder halb voll sehen – ich sehe es natürlich halb voll. Das wird uns wirtschaftlich nützen. – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen, bei Bundesräten der FPÖ sowie des Bundesrates Zelina.)*

10.15

Präsident Josef Saller: Ich danke dem Herrn Bundesminister.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit aller weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Aktuellen Stunde nach Beratung in der Präsidialkonferenz 5 Minuten nicht übersteigen darf. Gegebenenfalls gebe ich ein Glockenzeichen.

Nun ist Herr Bundesrat Mag. Furlinger zu Wort gemeldet. – Bitte.